

Dienstag 21. Februar 2012

Nummer 521

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



[Die Stiftung auf](#)



## Die Europäische Union, ein Projekt für ein vereintes Europa, ein Zukunftsprojekt



Autor : Franco Frattini

Franco Frattini widmet sich in der Einleitung seines Textes zunächst der Geschichte der europäischen Integration und der - von Beginn an - politischen Dimension der Union, bevor er drei fundamentale Zukunftsfragen der Europäischen Union erörtert. Bezüglich der Schuldenkrise betont Frattini, dass die größten Wirtschaftsbranchen der Eurozone robust sind und dass die Ängste der Märkte wirtschaftlich betrachtet schwer nachvollziehbar sind. Ferner erörtert er die Herausforderungen der Union angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage. Schließlich wendet er sich dem "Arabischen Frühling" zu, der Europa seine Nachbarschaft mit den Mittelmeeranrainerstaaten in Erinnerung gerufen hat. Europa muss sich nunmehr neuen Herausforderungen stellen, auf die es mit einem entsprechenden politischen Willen und dem Willen zur Kooperation antworten muss.

[Fortsetzung](#)

Zusammenfassung

**Neuigkeiten** : Atlas/EU - Krise/Euro **Wahlen** : Lettland **Finanzkrise** : Griechenland - EIB - Spanien - Frankreich - Italien - Irland - Tschechien - Großbritannien  
**Kommission** : Makro-Ökonomie - Bio - Renten **Parlament** : Frankreich - Zahlungsmöglichkeiten - Ungarn - Italien - Fischerei - Weißrussland **Rat** : EU/China - Energie - Beschäftigung/Soziales **Gerichtshof** : Internet **Deutschland** : Rücktritt - Wirtschaft - Gauck Bundespräsident? **Spanien** : Banken **Frankreich** : Französisch-britische Beziehungen - Deutsch-französische Zusammenarbeit - Studierende **Italien** : Verteidigung **Lettland** : Referendum **Großbritannien** : Schottland **UNO** : Syrien **Eurostat** : Wachstum - Außenhandel - Handel/China **Eurobarometer** : Korruption **Berichte/Studien** : Deutschland - EU/Internationales - Elektrizität **Kultur** : Ausstellung/Stuttgart - Ausstellung/Madrid - Ausstellung/Caen - Ausstellung/London - Ausstellung/Deutschland

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

**Neuigkeiten** :

L'Atlas permanent de l'Union européenne : der erste Atlas, der immer aktuell ist!

Eine Woche nach Erscheinen des "Atlas permanent de l'Union



européenne" gab es bereits einige Aktualisierungen auf den Internetseiten des Atlas, dessen Herausgeber Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin sind, Präsident und Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung. Die Änderungen betreffen die politischen und statistischen Daten einiger Länder, insbesondere Slowenien und Finnland. Bestellen Sie jetzt ihre gedruckte Ausgabe des "Atlas permanent de l'Union européenne" und profitieren Sie dadurch von einer permanenten Aktualisierung der Länderinformationen im Internet! Dieser erste immer aktuelle Atlas bietet vertrauenswürdige Informationen zu Europa und zu allen wichtigen Rahmendaten rund um Europa... [Fortsetzung](#)

### Krise Europas?



Das europäische Parlament und das Politikwissenschaftliche Institut in Straßburg veranstalten vom 20. bis zum 23. Februar eine europäische Woche im Robert-Schuman-Saal des Europäischen Parlaments. Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am 21. Februar zur aktuellen Krise der Europäischen Union sprechen und zu möglichen Lösungswegen... [Fortsetzung](#)

### Wahlen :

#### Referendum in Lettland



Eine große Mehrheit der wahlberechtigten lettischen Bevölkerung (74,80%) hat sich gegen russisch als 2. Amtssprache des Landes ausgesprochen. Nur ein viertel der Wähler (24,88%) antwortete mit "ja" auf die Frage: "Sind Sie für eine Verfassungsänderung der Verfassung der Republik Lettlands, die russisch als 2. Amtssprache vorsieht?" anlässlich des Referendums, das am 18. Februar stattfand. Spitzenreiter der "Nein-Stimmen" ist die Region Kurzeme (im Westen), wo 91,53% der Letten gegen die Verfassungsänderung stimmten. In Riga stimmten 63,82% mit "nein". Mindestens die Hälfte der Wähler, die bei den letzten Parlamentswahlen eingeschrieben waren (771 893 Personen) hätte mit "ja" stimmen müssen, damit die Verfassungsänderung in die Wege geleitet worden wäre... [Fortsetzung](#)

### Finanzkrise :

#### Einigung der Eurozone über neue Hilfszahlungen für Griechenland



Am Vormittag des 21. Februar einigten sich die 17 Finanzminister der Eurozone auf neue Hilfszahlungen für Griechenland. Die Hilfsleistungen sind unterteilt in einen Kredit in Höhe von 130 Milliarden Euro und in einen teilweisen Verzicht auf Schuldentrückzahlung durch private Gläubiger, Banken und Investmentfonds. Diese akzeptieren einen Verlust in Höhe von 53,5% ihrer Kreditsummen, was zu einer Schuldenreduzierung Griechenlands in Höhe von 100 Milliarden Euro führt. Die 17 Finanzminister der Eurozone begrüßten die Verabschiedung des neuen Sparplans durch das griechische Parlament und die Anstrengungen zum Stopfen der Haushaltslöcher in Höhe von 300 Millionen Euro, wie auch die Anstrengungen der Parteien bei der Umsetzung der notwendigen Reformen. Ferner forderten sie die Europäische Kommission auf, ihre Task Force in Griechenland zu verstärken und diese auf Dauer dort einzurichten... [Fortsetzung](#)

#### Die Europäische Investitionsbank vergab 2011 Kredite in Höhe von 61 Milliarden Euro



Der neue Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, präsentierte am 16. Februar das Jahresergebnis der EIB. Die Bank konnte einen Jahresgewinn von 2,3 Milliarden Euro verbuchen im Jahr 2011, gegenüber 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2010. Im Jahr 2011 wurden in fast 70 Ländern neue Kreditvereinbarungen unterzeichnet für einen Gesamtbetrag von 61 Milliarden Euro. Von diesen 61 Milliarden Euro gehen 54 Milliarden Euro an Projekte in der Europäischen Union und 7 Milliarden an Projekte außerhalb der EU, überwiegend an Länder, die der Union beitreten wollen und Nachbarländer im Osten oder Süden. Für dieses Jahr sind Kredite in Höhe von 50 Milliarden Euro vorgesehen. Werner Hoyer erklärte, dass "der Umfang der Kreditvergaben reduziert werden muss, um die solide Finanzsituation der Bank nicht zu gefährden"... [Fortsetzung](#)

### Spanien: Verabschiedung neuer Sparpläne



Am 17. Februar stimmte das spanische Parlament für ein neues Sparpaket, mit dem Ziel, das öffentliche Haushaltsdefizit zu reduzieren. Das Sparpaket sieht eine Absenkung der Löhne und Gehälter der Mitarbeiter öffentlicher Unternehmen zwischen 25% und 30% vor. Die öffentlichen Unternehmen werden in drei Kategorien unterteilt, je nach Größe: in den größten Unternehmen soll das maximale Jahresgehalt 105 000 Euro betragen, in den mittleren Unternehmen liegt die Grenze bei 80 000 Euro und in den kleinen Unternehmen darf das Jahresgehalt nicht höher als 55 000 Euro liegen... [Fortsetzung](#)

### Wachstum in Frankreich im Jahr 2011 bei 1,7%



Nach neuesten Zahlen, die das nationale Statistkinstitut INSEE am 15. Februar veröffentlichte, stieg das BIP im 4. Quartal 2011 in Frankreich um 0,2% an, nach einem Anstieg von 0,3% im 3. Quartal 2011. Das Wachstum bezogen auf das gesamte Jahr 2011 beträgt demnach 1,7% gegenüber 1,4% im Jahr 2010. Investitionen stiegen im letzten Quartal 2011 um 0,9%, gegenüber einem Anstieg von 0,2% im vorherigen Quartal; ebenso gab es einen Anstieg der Exporte (+1,2% im 4. Quartal, während die Importrate abnahm). Der private Konsum ging zurück (+0,2% im 4. Quartal gegenüber +0,3% im 3. Quartal), er trägt jedoch weiterhin zur Stützung der Wirtschaft bei... [Fortsetzung](#)

### Rezession in Italien



Nach neuesten Zahlen, die das italienische Statistkinstitut Istat am 15. Februar veröffentlichte, verringerte sich das italienische BIP im 4. Quartal 2011 um 0,7% im Vergleich zum vorherigen Quartal und um 0,5% im Vergleich zum 4. Quartal des Vorjahres. Somit befindet sich Italien offiziell in einer Rezession, da das BIP in zwei aufeinander folgenden Quartalen rückläufig war... [Fortsetzung](#)

### Irland: Maßnahmen für mehr Beschäftigung



Der irische Premierminister Enda Kenny kündigte am 13. Februar eine Serie von Maßnahmen zur Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2016 an. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote bei 14,2% (fast 450 000 Arbeitslose). Das Regierungsvorhaben umfasst über 250 Maßnahmen, die die Unternehmen zu Einstellungen bewegen sollen, wie zum Beispiel Steuererleichterungen, Kredite zu festen Zinsen und die Einrichtung eines Fonds von 150 Millionen Euro zur Exportförderung. Zudem hat die Regierung entschieden, den in großer Zahl im Ausland lebenden Iren eine Prämie zu zahlen, falls diese ausländische Investoren dazu bewegen können, in Irland zu investieren... [Fortsetzung](#)

### Rezession in Tschechien



Nach aktuellen Zahlen, die das tschechische nationale Statistikbüro (CSU) am 15. Februar veröffentlichte, befindet sich Tschechien nach 2 aufeinander folgenden Quartalen mit einem Negativwachstum in einer Rezession. Im 4. Quartal 2011 ging das BIP um 0,3% zurück im Vergleich zum vorherigen Quartal, in dem es bereits ein um 0,1% niedrigeres BIP gab. Bezogen auf das gesamte Jahr 2011 stieg das Wachstum in Tschechien um 1,7%, nach ersten Schätzungen. Neue Zahlen wurden für den 9. März angekündigt... [Fortsetzung](#)

### Arbeitslosigkeit erreicht Rekordwerte in Großbritannien



Nach neuesten Zahlen, die das nationale britische Statistikbüro am 15. Februar veröffentlichte, liegt die Arbeitslosenquote derzeit bei 8,4% der aktiven Bevölkerung, was einen Anstieg von 0,1% im Laufe des letzten Quartals bedeutet. Insgesamt gibt es 2,67 Millionen Arbeitslose und damit 48 000 mehr als bei der letzten Erhebung. Es ist bereits der 8. Monat in Folge in dem die Arbeitslosenzahlen ansteigen, Großbritannien verzeichnet aktuell die höchste Arbeitslosigkeit seit 1995... [Fortsetzung](#)

## Kommission :

### Warnmechanismus für makroökonomische Ungleichgewichte



Am 14. Februar veröffentlichte die Europäische Kommission ihren ersten Bericht zur Warnung vor makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Europäischen Union. Frankreich und Großbritannien stehen im Blickpunkt, aufgrund eines starken Rückgangs der Exporte und einer zu schwachen Wettbewerbsposition im Falle von Großbritannien. Im Falle von Frankreich werden das hohe Haushaltsdefizit, die hohe private Verschuldung und die zu schwache Wettbewerbsposition kritisiert. 10 weitere Länder werden darüber hinaus genauer untersucht. Der Warnbericht wurde aufgrund des "Pakets" zum Ausbau der europäischen Wirtschaftsregierung, genannt "Sixpack", eingeführt. Der Bericht überprüft 10 Kriterien, die Daten werden von den Mitgliedsländern und Eurostat bereit gestellt... [Fortsetzung](#)

### Einigung EU-USA über Bioprodukte



Am 15. Februar unterzeichneten der europäische Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș und seine amerikanische Amtskollegin Kathleen Merrigan ein Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über Bioprodukte. Vom 1. Juni 2012 an werden Bioprodukte mit entsprechender Kennzeichnung aus der EU oder aus den USA automatisch auch vom anderen Partner anerkannt und können als Bioprodukte gehandelt werden. Die Einigung soll den Handel mit Bioprodukten und Verbraucherinformationen fördern... [Fortsetzung](#)

### Präsentation des Weissbuchs für Pensionen und Renten



Am 16. Februar stellte die Europäische Kommission ihr Weissbuch für "angemessene, sichere und nachhaltige" Pensionen und Renten vor. Die Alterung der Gesellschaft und geringere Haushaltsspielräume bedrohen das Funktionieren des aktuellen Rentensystems. Die Kommission schlägt aus diesem Grund verschiedene Ansätze vor: Angleichung der Lebensarbeitszeit angesichts einer höheren Lebenserwartung, Anreize zu privater Vorsorge, Rentengarantien, insbesondere für Bürger der Union, die in einem anderen Mitgliedsland der Union leben. Die Hauptlösung wird in einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit gesehen, die zu einer längeren Einzahlungsphase und einer kürzeren Rentenbezugsdauer führt, parallel hierzu sollen die Arbeitgeber zu Maßnahmen zugunsten ihrer älteren Arbeitnehmer verpflichtet werden... [Fortsetzung](#)

## Parlament :

### Französischer Außenminister Alain Juppé im Europäischen Parlament



Am 15. Februar sprach der französische Außenminister Alain Juppé vor den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Juppé betonte, dass "Frankreich mehr Europa braucht", er definierte drei Prioritäten der Europäischen Union: Verstärkte Integration und weitere Vertiefung als Lösungsweg aus der Krise, Stabilisierung der Mittelmeer- und Ostpartnerschaften, Behauptung auf dem internationalen Parkett, insbesondere gegenüber den Schwellenländern und angesichts neuer Bedrohungen. Er erklärte, dass "Frankreich keine Europäische Union möchte, die sich auf ein Krisenmanagement beschränkt" und nicht den gebührenden Platz in den internationalen Beziehungen einnimmt. Die europäischen Abgeordneten begrüßten die Friedensbemühungen Frankreichs und den Einsatz für Demokratie im Mittleren Osten, wie auch die Erklärung, dass es keine Zusammenarbeit mehr mit autokratischen Regimen geben wird und die Motivation Russlands und Chinas zur Zusammenarbeit... [Fortsetzung](#)

### Leichtere Zahlungsmöglichkeiten in erweitertem Euroraum

Die europäischen Abgeordneten sprachen sich am 14. Februar in erster Lesung für neue Regelungen aus, die die Festlegung der technischen Vorschriften für Überweisungen und Lastschriften in Euro betreffen.



Finanztransaktionen innerhalb Europas sollen erleichtert werden, die Kosten sollen gesenkt werden und der Wettbewerb unter den Banken soll erhöht werden. Der erweiterte Euroraum wird die 27 Mitgliedsländer der EU umfassen, wie auch Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen und die Schweiz. Die Maßnahmen sollen bis 2016 in Kraft treten, es sollen für Unternehmer und Privatpersonen Einsparungen von bis zu 120 Milliarden Euro innerhalb von 6 Jahren erreicht werden. Das Vorhaben ist eine Maßnahme des SEPA (Single euro payments area)... [Fortsetzung](#)

### Überwachung Ungarns



Am 16. Februar entschieden die europäischen Abgeordneten, den Druck auf Ungarn aufrecht zu erhalten. In einer Resolution, die mit 315 gegen 263 Stimmen verabschiedet wurde, rufen sie Ungarn zur Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission und des Europarates auf. Das Europäische Parlament zieht aufgrund der "großen Besorgnis" angesichts der aktuellen Situation die Anwendung des Artikel 7 in Betracht, der eine Aberkennung der Rechte eines Mitgliedslandes ermöglicht, falls dieser eine Bedrohung für die gemeinsamen Werte darstellt, im Falle von Ungarn sind die Werte Demokratie, richterliche Unabhängigkeit, Medienfreiheit und Minderheitenschutz betroffen... [Fortsetzung](#)

### Der italienische Ministerpräsident Mario Monti im Europäischen Parlament



Der italienische Ministerpräsident Mario Monti sprach am 15. Februar vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Er erörterte insbesondere die Haushaltsmaßnahmen, die seine Regierung aktuell im Kampf gegen die Krise unternimmt. Er stellte seinen Sparplan vor und betonte, dass dieser nur wirkungsvoll sein könne, wenn gleichzeitig die Binnennachfrage gestärkt würde. Prioritär sind laut Monti derzeit die Reform der Renten, der öffentlichen Verwaltung und des Steuerwesens. Er kritisierte die "übertriebene Härte", mit der Griechenland behandelt würde und beurteilte sie als verspätet... [Fortsetzung](#)

### Einigung EU-Marokko über Landwirtschaft und Fischerei



Am 16. Februar stimmten die europäischen Abgeordneten einer Liberalisierung des Handels von Landwirtschafts- und Fischereiprodukten zwischen Marokko und der Europäischen Union zu. Innerhalb der nächsten 10 Jahre sollen Steuern und Einfuhrbeschränkungen überwiegend aufgehoben werden. Es sind jedoch auch Schutzklauseln für europäische Produkte vereinbart worden... [Fortsetzung](#)

### Todesstrafe in Weißrussland



In einer Resolution vom 16. Februar verurteilten die europäischen Abgeordneten die Anwendung der Todesstrafe in Weißrussland. Sie forderten von den Führungspersonlichkeiten des Landes bis zur endgültigen Abschaffung der Todesstrafe ein entsprechendes Moratorium. Die Resolution erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem zwei Angehörigen der Opposition, die unter dem Verdacht des Terrorismus stehen und angeklagt wurden, die Todesstrafe droht. Mehrere Bürgerrechtsorganisationen beurteilten den Prozess als ungerecht, die Ermittlungen als einseitig und als nicht vereinbar mit den Menschenrechten. Weißrussland ist das letzte europäische Land, das die Todesstrafe noch nicht abgeschafft hat... [Fortsetzung](#)

Rat :

### 14. EU-China-Gipfel

Am 14. Februar fand in Peking das 14. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und China statt. Die politischen Vertreter beider Parteien würdigten den guten Austausch und die gute strategische



Partnerschaft; beide sprachen sich für einen vertieften Austausch im Rahmen des Programms Europa 2020 und des neuen chinesischen Fünfjahresplans aus. Beide Partner wollen darüber hinaus Investitionen und Handel erleichtern... [Fortsetzung](#)

### Ratssitzung Energie



Am 14. Februar diskutierten die 27 Energieminister der Europäischen Union über transeuropäische Netzverbindungen, wie auch über notwendige regulatorische Maßnahmen. Die Minister betonten die positiven Effekte für Wachstum und Beschäftigung durch den von der Europäischen Union beschlossenen Ausbau erneuerbarer Energien und das Ziel höherer Energieeffizienz... [Fortsetzung](#)

### Ratssitzung "Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz"



Am 17. Februar diskutierten die 27 Arbeits- und Sozialminister verschiedene Möglichkeiten zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungsgremien von Unternehmen. Während 60% aller Diplomierten weiblich sind, beträgt der Anteil von Frauen in Verwaltungsräten von Unternehmen nur 12% und nur 3% aller Unternehmenschefs sind Frauen. Einige Länder haben bereits durch die Einführung von Frauenquoten reagiert, andere bevorzugen freiwillige Maßnahmen. In Vorbereitung des nächsten Ratstreffens der Europäischen Union wurden darüber hinaus Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung und Soziales diskutiert, indem betont wurde, dass die Sparmaßnahmen nicht kontraproduktiv sein dürfen, sondern von spezifischen Maßnahmen zur Stärkung der Beschäftigung begleitet sein müssen, vor allem von jungen Menschen und zur Stärkung des Wachstums... [Fortsetzung](#)

### Gerichtshof :

#### Gerichtshof der Europäischen Union verbietet Pflicht zu allgemeinem Filter für soziale Netzwerksbetreiber



In einem Rechtsstreit zwischen der belgischen Verwertungsgesellschaft Sabam und dem sozialen Netzwerk Netlog verlangte Sabam von Netlog den sofortigen Stopp der Zugänglichmachung von Musik oder audiovisuellen Darstellungen unter Androhung von Unterlassungsstrafen. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass dies die Einrichtung eines allgemeinen Filters voraussetze, was wiederum gegen die Grundrechte der Europäischen Bürger verstoßen würde. "Das Filtersystem würde Netlog zu einer permanenten Überwachung verpflichten [...], dies ist durch die Richtlinie zum elektronischen Handel verboten", stellte der Gerichtshof klar. Das Gericht spricht sich für "einen gerechten Ausgleich zwischen dem Schutz der Urheberrechte und der Unternehmensfreiheit [aus], wie auch zwischen dem Recht auf Schutz der persönlichen Daten und der Freiheit, Informationen zu erhalten oder mitzuteilen"... [Fortsetzung](#)

### Deutschland :

#### Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff



Bundespräsident Christian Wulff trat am 17. Februar zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft Hannover bekannt gab, dass sie wegen Vorteilsannahme bzw. -gewährung Ermittlungen aufnehmen wolle und daher den Bundestag um die Aufhebung der Immunität ersucht habe. Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, mit den Oppositionsparteien einen gemeinsamen Nachfolger für Christian Wulff suchen zu wollen. Der deutsche Bundespräsident hat überwiegend repräsentative Aufgaben, er soll jedoch eine moralische Autorität darstellen. Er wird von der Bundesversammlung gewählt, der 1244 Mitglieder angehören (Bundestag, Bundesrat und Vertreter der Länder). Entsprechend den Vorschriften des deutschen Grundgesetzes muss die Bundesversammlung innerhalb von 30 Tagen einen neuen Bundespräsidenten wählen... [Fortsetzung](#)

## Wie kann sich die deutsche Wirtschaft auf künftige Herausforderungen vorbereiten?



Am 14. Februar veröffentlichte die OECD eine Studie zur wirtschaftlichen Situation Deutschlands. Der Krise 2008-2009 folgte ein schneller Aufschwung; Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag bereits 2011 höher als vor der Krise und die Arbeitslosigkeit ist stark zurück gegangen. Dennoch muss sich auch Deutschland neuen Herausforderungen stellen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Bericht gibt drei Empfehlungen: Stärkung der Binnennachfrage, Beschäftigung von mehr Fachkräften und Vollzeitbeschäftigten (vor allem Frauen - was den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung voraussetzt) und Stärkung von neuen Wachstumsfeldern im Kampf gegen Klimawandel... [Fortsetzung](#)

## Joachim Gauck neuer Bundespräsident?



Am 19. Februar einigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Parteichefs der Regierungskoalition und mit den Parteichefs der Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Kandidatur von Joachim Gauck als künftigen Bundespräsidenten. Dieser war bereits 2010 Kandidat der Opposition, als Christian Wulff zum Bundespräsident gewählt wurde; dieser war am 17. Februar zurückgetreten. Joachim Gauck ist bekannt als überzeugter Kämpfer für die Bürgerrechte. Zwischen 1990 und 2000 leitete er die Stasi-Unterlagenbehörde (auch "Gauck-Behörde" genannt). Innerhalb der nächsten Wochen muss die Bundesversammlung zusammen kommen, um ihn zum Bundespräsidenten zu wählen... [Fortsetzung](#)

## Spanien :

### Reform des Bankensektors



Am 16. Februar stimmten die spanischen Abgeordneten für eine Reform des Bankensektors, die zu Einsparungen in Höhe von 52 Millionen Euro führen soll als weitere Folge der geplatzten Immobilienblase. 303 Abgeordnete (von insgesamt 350) stimmten für die Reform. Die nationale Baskenpartei (PNV) enthielt sich, während die kleineren linken Parteien gegen die Reform stimmten... [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### Französisch-britischer Gipfel



Am 17. Februar unterzeichneten der französische Präsident Nicolas Sarkozy und der britische Premierminister David Cameron ein Abkommen zur zivilen Nutzung der Kernenergie, das zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in diesem Bereich führen soll, insbesondere was die Ausbildung von Personal angeht, die Forschung und die Sicherheit von Kernkraftwerken. Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Erklärung zu Syrien veröffentlicht, in der sie die Resolution der UN-Vollversammlung begrüßen und das syrische Regime verurteilen. Beide begrüßten die verschärften Sanktionen der Europäischen Union gegen Syrien und erklärten ihre Absicht, die humanitäre Hilfe auszuweiten... [Fortsetzung](#)

## Vorerst letzte Sitzung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe von Bundestag und Assemblée Nationale



Am 13. Februar trafen sich die Mitglieder der deutsch-französischen Arbeitsgruppe von Bundestag und Assemblée Nationale in Paris, um die Ergebnisse ihrer insgesamt 4 Sitzungen vorzustellen, die seit Herbst 2011 abwechselnd in Berlin und Paris stattfanden. Die Arbeitsgruppe diente dem Austausch über europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Präsidenten von Bundestag und Assemblée Nationale, Norbert Lammert und Bernard Accoyer betonten in einer gemeinsamen Erklärung die Absicht beider Parlamente, schnellstmöglich die Vertragsänderungen bezüglich des europäischen Stabilitätsmechanismus zu ratifizieren, nach der Unterzeichnung der Staats- und Regierungschefs. Die Arbeitsgruppe sprach sich für eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit im Hinblick auf eine Wachstumsstrategie und zur Frage der Steuerkonvergenz aus... [Fortsetzung](#)

## Paris zur besten Studentenstadt der Welt gewählt



Paris ist nach einem erstmals erhobenen Ranking der britischen Organisation QS (Quacquarelli Symonds Ltd), das am 14. Februar veröffentlicht wurde, zur besten Studentenstadt weltweit gewählt worden. Das Ranking berücksichtigt 4 Indikatoren: Die Zusammensetzung der Studierenden, die Lebensqualität, Attraktivität der Universitäten bei Arbeitgebern und die Kosten des Studiums. Paris übertrifft London, was Lebensqualität, Arbeitgeberattraktivität der Unis und finanzielle Aspekte angeht, die Stadt profitiert unter anderem von geringen Einschreibungshürden der französischen Universitäten. Das Ranking berücksichtigte im Vergleich zu sonstigen Erhebungen, andere Indikatoren. Die europäischen Städte schneiden insgesamt gut ab: 9 der ersten 15 Plätze belegen europäische Städte... [Fortsetzung](#)

## Italien :

### Reformvorhaben im Verteidigungssektor



Am 14. Februar stimmte der italienische Ministerrat für ein Reformvorhaben, das auf Vorschlägen des Admirals Di Paola basiert. Die geplante Reform soll der "finanziellen Machbarkeit und operationellen Effizienz" der Einsätze der Streitkräfte dienen. Zu diesem Zweck werden die Verteidigungsausgaben "überprüft" und "neu bewertet", eine Senkung der Ausgaben für Personal innerhalb des Verteidigungsbudgets von 70% auf 50% wird angestrebt. Das Personal soll von 189 000 auf 150 000 Mitarbeiter reduziert werden innerhalb von 10 Jahren. 22 000 Stellen der Armee sollen gestrichen werden, 7000 Stellen der Marine und 10 000 Stellen der Luftwaffe. Die Maßnahmen betreffen nicht die Auslandseinsätze wie in Libyen und Afghanistan... [Fortsetzung](#)

## Lettland :

### Letten lehnen russisch als 2. Amtssprache ab



Am 18. Februar stimmten fast 75% aller Befragten gegen eine Verfassungsänderung, durch die russisch zur 2. Amtssprache geworden wäre, nur 25% stimmten mit "ja", nach der Mitteilung der Wahlkommission. Die Ergebnisse des Referendums, das für die Letten sehr wichtig war (die Wahlbeteiligung erreichte 70%), spiegelt die ethnische Aufteilung des Landes wider... [Fortsetzung](#)

## Großbritannien :

### Rede von David Cameron gegen die Unabhängigkeit Schottlands



Am 16. Februar äußerte sich der britische Premierminister David Cameron anlässlich einer Rede in Edinburgh dahingehend, dass er wünsche und hoffe, dass Schottland sich nicht für die Unabhängigkeit von Großbritannien aussprechen wird. Er erinnerte an die wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Verbindungen zwischen Schottland und England und wies darauf hin, dass Schottland im Laufe der letzten 3 Jahrhunderte zur Bildung und zum Aufblühen Großbritanniens beigetragen habe, "gestützt auf Freiheit". Beide gemeinsam seien nach Meinung Camerons "stärker, reicher und sicherer" als im Falle der Aufspaltung. Er wies auch auf die Solidarität innerhalb Großbritanniens hin. Ebenso sprach er sich für die Dezentralisierung aus, die auch eine größere Unabhängigkeit und die Übertragung neuer Kompetenzen an Schottland beinhalten könnte, zunächst muss jedoch das Referendum über die Unabhängigkeit abgehalten werden... [Fortsetzung](#)

## UNO :

### UN-Vollversammlung verabschiedet Resolution zu Syrien



Am 16. Februar verabschiedete die UN-Vollversammlung mit 137 gegen 12 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) eine Resolution, in der auf das Schärfste "die fortschreitenden allgemeinen und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch das syrische Regime" verurteilt werden. Die Resolution unterstützt die Mediation durch die Arabische Liga und spricht sich für die Nominierung eines UN-Sonderbeauftragten für Syrien

aus. Die Resolution ist nicht bindend und hat symbolischen Charakter. Sie stellt eine Antwort dar auf das Veto, das China und Russland am 4. Februar gegen eine Resolution des Sicherheitsrates einlegten; die UN-Vollversammlung hat eine einheitliche Haltung zur Lage in Syrien... [Fortsetzung](#)

#### Eurostat :

##### Wachstumsrückgang im 4. Quartal 2011



Nach neuesten Zahlen von Eurostat, die am 15. Februar veröffentlicht wurden, gab es im 4. Quartal 2011 einen Rückgang des BIP um 0,3% im Vergleich zum vorherigen Quartal in der Eurozone und in der Europäischen Union. Bezogen auf das gesamte Jahr gab es jedoch eine Wachstumssteigerung von 0,7% (Eurozone) und von 0,9% (gesamte Europäische Union)... [Fortsetzung](#)

##### Handelsbilanzdefizit des Euroraums bei 7,7 Milliarden Euro



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 15. Februar veröffentlichte, betrug das Handelsbilanzdefizit für den Euroraum im Jahr 2011 7,7 Milliarden Euro, für die gesamte Union betrug es 152,8 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor betragen die Defizite für beide etwas mehr als 7 Milliarden Euro. Das Defizit nahm vor allem beim Handel mit Energie zu (mit Norwegen und Russland), während es bei Industrieprodukten zurück ging, da hier die Exporte stark zunahmen (+ 70 Milliarden Euro im Euroraum und in der gesamten EU). Die stärksten Überschüsse verzeichnen Deutschland, Irland und die Niederlande, während Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland sehr hohe Defizite aufweisen... [Fortsetzung](#)

##### Erhöhung des Warenverkehrs mit China



Eurostat veröffentlichte am 13. Februar aktuelle Zahlen, nach denen der Handel zwischen der Europäischen Union und China in den ersten 10 Monaten des Jahres 2011 stark zugenommen hat. Exporte stiegen um 21% an, Importe um 5%. Exporte aus Deutschland machen mehr als 50% der Gesamtexporte der Europäischen Union in Richtung China aus. Investitionen in der Europäischen Union wie auch in China stiegen ebenso leicht an. Bezüglich des Warenaustauschs besteht ein Handelsbilanzdefizit der Union, jedoch ein Überschuss in Höhe von 6 Milliarden Euro in Bezug auf Dienstleistungen... [Fortsetzung](#)

#### Eurobarometer :

##### Anstieg der Korruption?



Nach einer aktuellen Studie von Eurobarometer, die am 15. Februar veröffentlicht wurde, ist Korruption nach wie vor ein großes Problem in Europa. 8% der Befragten sagten, dass sie bereits zur Zahlung von Schmiergeld aufgefordert worden seien und 47% waren der Ansicht, dass die Korruption in ihrem Land innerhalb der letzten 3 Jahre zugenommen habe. Nationale Politiker und Beamte, die mit öffentlicher Auftragsvergabe zu tun haben, scheinen am meisten betroffen. Zwei Drittel aller Befragten sagten, dass sie Korruption für unvermeidbar hielten und dass sie zur Unternehmenskultur gehöre. Cecilia Malmström, europäische Kommissarin für innere Angelegenheiten, äußerte sich dahingehend, dass "es enttäuschend ist, feststellen zu müssen, dass die Ergebnisse des Kampfes gegen Korruption innerhalb der Europäischen Union unbefriedigend sind". Sie rief die Mitgliedsländer dazu auf, schnell zu handeln und gegen das Unwesen vorzugehen... [Fortsetzung](#)

#### Berichte/Studien :

##### Ist Deutschland noch eine starke Macht in Europa?

Der Think Tank Frideric (Fondation pour les relations internationales et le dialogue extérieur) hat eine Studie mit dem Titel "Is Germany still a European power?" veröffentlicht. Die Autorin Susanne Gratius analysiert in ihrer Studie die Entwicklung der deutschen Haltung zu Europa und die Abstandnahme von der traditionell pro-europäischen



Haltung Deutschlands unter Bundeskanzlerin Merkel. Die Autorin sieht ein gestärktes Selbstbewusstsein Deutschlands und die Absicht, verstärkt nationale Interessen zu verfolgen... [Fortsetzung](#)

#### Welche Rolle kann die EU auf internationalem Parkett spielen?



Das Institut El Cano hat am 13. Februar eine Studie von Vaira Vike Freiberga veröffentlicht, der ehemaligen Präsidentin Lettlands, mit dem Titel: "The Economic Crisis and the Emerging Powers: The EU's Place Within a New International Order". Die Autorin verteidigt in ihrer Studie den Platz der EU innerhalb einer neuen internationalen Ordnung... [Fortsetzung](#)

#### Der innereuropäische Elektrizitätsmarkt



Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat eine Studie von Thomas Sattich veröffentlicht mit dem Titel "The EU's policy to finalise the internal electricity market". Der Autor analysiert die neue Politik der Europäischen Union zur Liberalisierung und zum Ausbau des innereuropäischen Elektrizitätsmarktes, ein Markt, der - nach Meinung des Autors - nach wie vor stark national geprägt ist. Die Studie widmet sich darüber hinaus auch den aktuellen Änderungen im deutschen Energiemarkt... [Fortsetzung](#)

#### Kultur :

##### Turner, Monet und Twombly in Stuttgart



Bis zum 28. Mai 2012 zeigt die Staatsgalerie Stuttgart in einer Ausstellung an die 70 Werke des britischen Künstlers William Turner (1775-1851), des Franzosen Claude Monet (1840-1946) und des Amerikaners Cy Twombly (1928-2011). Die Ausstellung betont Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen den Werken der drei Maler, die nacheinander Wegbereiter, Hauptvertreter und Erbe des Impressionismus sind... [Fortsetzung](#)

##### Marc Chagall in Madrid



Das Museum Thyssen-Bornemisza in Madrid und die Stiftung Caja Madrid zeigen bis zum 20. Mai 2012 169 Werke des russischen Künstlers Marc Chagall. Die Ausstellung präsentiert die Werke des Künstlers in chronologischer Reihenfolge und zeigt die thematischen Vorlieben des Künstlers, der seine Inspiration in der Liebe, in Erinnerungen und in jüdischen und russischen Traditionen fand. Darüber hinaus ließ er sich von den historischen und künstlerischen Ereignissen inspirieren, die er als Zeitzeuge erlebte... [Fortsetzung](#)

##### "Artistes et amateurs français à Rome au XVIIIème siècle"



Bis zum 23. April 2012 wird das Musée des beaux-arts in Caen in Zusammenarbeit mit dem Musée des beaux-arts in Kanada eine Ausstellung zeigen zum Thema "Artistes et amateurs français à Rome au XVIIIème siècle". Die Ausstellung beinhaltet über hundert Zeichnungen, Drucke und Gemälde, die die Atmosphäre Roms im 18. Jahrhundert widerspiegeln. Die Ausstellung ist in fünf Themenblöcke unterteilt: "Amateure, Mäzene und Künstler", "Akademische Ausbildung", "Die Wiederentdeckung der Antike", "Die Landschaft Roms und seine Umgebung", "Feiern und Festlichkeiten"... [Fortsetzung](#)

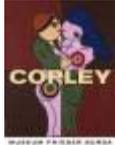
##### Yayoi Kusama in der Tate Modern Gallery

Bis zum 5. Juni zeigt die Tate Modern Gallery in London eine



Ausstellung, die dem japanischen Künstler Yayoi Kusama gewidmet ist, dessen Werk unter anderem eine Faszination für psychische Krankheiten widerspiegelt. Die Ausstellung zeigt Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen, Filme und künstlerische Performances. Es ist die erste Ausstellung dieses Umfangs in Großbritannien... [Fortsetzung](#)

### William Copley



Das Museum Frieder Burda in Baden Baden präsentiert bis zum 10. Juni 2012 mehr als 80 Werke des amerikanischen Künstlers William N. Copley (1919-1996), Galerist, Schriftsteller und Verleger seit Mitte der 1940er Jahre, er gilt als "wichtiger Vermittler zwischen den Surrealisten und der Pop-Art-Bewegung". Copley war mit Man Ray und Marcel Duchamp befreundet und stellte in seiner Galerie in Beverly Hills Werke von Man Ray, Yves Tanguy, Roberto Matta, Max Ernst oder René Magritte aus. Viele Bilder sind zum ersten Mal in einer öffentlichen Ausstellung zu sehen... [Fortsetzung](#)

### Agenda :



20. Februar  
Brüssel  
Ratssitzung "Wettbewerb"

Brüssel  
Treffen der Finanzminister der Eurozone



21. Februar  
Brüssel  
Ratssitzung "Wirtschaft/Finanzen"

Straßburg  
Institut d'Études politiques (IEP) Straßburg - Jean-Dominique Giuliani wird zum Thema "Die aktuelle Krise der EU und mögliche Auswege" sprechen.



25.-26. Februar  
Mexiko  
Treffen der Finanzminister und Direktoren der Zentralbanken der G20



27. Februar  
Brüssel  
Ratssitzung "Auswärtige Angelegenheiten"



28. Februar  
Brüssel  
Ratssitzung "Allgemeine Angelegenheiten"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

### Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;  
Katrín Gebhard, Marion Zosi.

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.  
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}